



Von Schnellebigkeit, denen da oben und Deinem starken Partner

Berliner Polizisten nehmen einen Mann am Kottbusser Tor fest, er leistet Widerstand, die Anwendung körperlicher Gewalt ist notwendig. Zuvor hatte der Mann gegen den Funkwagen getreten, unsere Kollegen angegriffen. Drumherum kommen immer mehr Schaulustige hinzu, beleidigen die Menschen in Uniform, schmeißen Flaschen, Blumentöpfe, Steine auf sie. Einige halten das Smartphone auf die Szenerie. Am nächsten Tag kursieren die Videos im Netz, eine neue Debatte um Polizeigewalt ist entstanden. Mittlerweile kein seltenes Bild mehr, polizeiliche Maßnahmen, insbesondere, wenn das Gegenüber sie nicht gut findet, ermöglichen selten schöne Aufnahmen. Den Vorwurf, die Polizei sei mit einem Übermaß äußerster Brutalität vorgegangen, ermöglichen sie aber scheinbar stets aufs Neue.

Unabhängig einer Schuldfrage, geht es hier darum, dass einer Polizeibeamtin oder einem Polizeibeamten Verfehlungen vorgeworfen und regelmäßig disziplinarische Vorermittlungen eingeleitet werden. Das verstehen die Betroffenen, denn es sind in Rechtsvorschriften verfasste, allgemein anerkannte „Spielregeln“. In dieser Zeit fühlen sich Betroffene schlecht, das Denken und Handeln wird wesentlich eingeschränkt. Hier können dem Betroffenen nur verständnisvolle Vorgesetzte, Kolleginnen und Kollegen sowie Familienangehörige helfen, die aber oftmals ebenfalls hilflos sind, weil auch sie den Druck der Öffentlichkeit nicht abfedern können. Während der Ermittlungen oder gar einer Disziplinarmaßnahme wird ein Beamter in aller Regelmäßigkeit nicht befördert. Der oder die Betroffene hat dann arge Bedenken überhaupt noch einmal befördert zu werden. Der Ruf eilt voraus und andere Dienststellen reißen sich nicht gerade um sie oder ihn.

Für mich ist das allein schon unverstänlich, gerade weil der Ruf nach Polizeigewalt stets sehr schnell erfolgt. Es wird umso unverständlicher, weil man auf allen politischen Ebenen augenscheinlich anders verfährt. Im

Bund ist es der Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen, der trotz augenscheinlich politisch-verfehlter öffentlicher Aussagen befördert werden sollte. Erst auf öffentlichen Druck hin wird er wohl amtsgleich umgesetzt. Wir brauchen gar nicht weit schauen. In Berlin führt die Causa Margarete Koppers zu Unmut an der Polizeibasis. Zu Recht, denn nach wie vor steht der Verdacht im Raum, die ehemalige Polizeivizepräsidentin sei dafür mitverantwortlich, dass trotz vieler Hinweise die Schießstände, auf denen Betroffene jahrelang giftige Dämpfe einatmeten, weiter genutzt wurden. Rechtlich vorgeschriebene disziplinarische Vorermittlungen gegen Frau Koppers wurden nicht eingeleitet, weil man den Ausgang des Strafverfahrens abwarten wollte. Ein Hohn gegenüber eines Basisbeamten, der weiß, dass disziplinarischen Ermittlungen bis zum Ausgang des Strafverfahrens lediglich ruhen und nach dem Strafverfahren ein disziplinarischer Überhang geprüft wird. Anders bei Frau Koppers, die zwischenzeitlich ihre Probezeit bestand, vermeintliche Strafverfahren eingestellt und – wegen des Fehlens disziplinarischer Vorermittlungen – im September zur Generalstaatsanwältin ernannt wurde.

Wir Polizeibesetzten gehören zum Volk. Uns beschäftigen Skandale wie die Diesel- oder die BAMF-Affäre, falsche Dokortitel und vieles mehr ebenso wie andere Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Aber aus hier nachvollziehbaren Gründen beschäftigen uns Affären um Maaßen und Koppers mehr als andere im Volk. Politikerinnen und Politiker scheinen „ihrem Volk nicht mehr aufs Maul zu schauen“. Sie verlieren das Gespür für das, was uns umtreibt. Die vermeintlich abhandengekommene Gleichbehandlung zwischen denen da oben und uns hier unten scheint verloren gegangen zu sein. Denn die da oben scheinen weich zu fallen, während wir hier unten hart, härter, am härtesten landen – je nach Einzelfall.

Dann sind da noch einige Medien. Bei ihnen ist es wie beim Polizisten: Die schärfste Waffe ist das Wort. Wie für Polizisten sollte es auch für Medien ein Muss sein, Wahrheiten – investigativ – aufzudecken und neutral zu berichten. Ich möchte keine generelle Schelte betreiben, aber wir erleben immer häufiger, dass schnellebig eine Sau durchs Dorf getrieben wird. Gibt es keine neue Sau, wird die alte Sau wiederbelebt. So werden Kleinigkeiten zu handfesten Skandalen gepusht und berechnete Probleme wie der bereits genannte Schießstättenskandal geraten in Vergessenheit. Als wesentlicher Bestandteil der Demokratie scheinen sich einige Medien ihrer Verantwortung nicht mehr bewusst zu sein. Durch Konkurrenzdruck und virales Marketing entsteht eine Gemengelage an Meinungen, die für das Volk nicht mehr durchschaubar sind. Das führt zur Orientierungslosigkeit, über den Wahrheitsgehalt von Informationen entscheidet subjektives Zugehörigkeitsgefühl. Das macht einen anfällig für wenig sachliche, polarisierende Meinungen und Halbwahrheiten, die durch Tweets, Posts, Videosequenzen mittlerweile von jedem in die Welt gejagt werden können.

Das führt wie im Fall vom Kottbusser Tor auch dazu, dass unsere Kolleginnen und Kollegen persönlich attackiert werden und sie eben nicht nur ein Disziplinarverfahren durchleben müssen, sondern auch eine öffentliche Schelte, die sie – vielfach zu Recht – als ungerecht empfinden. Das hinterlässt etwas im Menschen und seiner Umgebung. Etwas, das Politikern in ihren Ränkespielen augenscheinlich verloren ging – Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Gleichbehandlung von denen da oben und uns hier unten. Hier bedarf es eines starken Partners. Die GdP möchte für Euch dieser starker Partner sein und wird stets ein offenes Ohr für Eure Anliegen haben. Wir lassen Euch nicht allein, denn wir sitzen alle im selben Boot.

Euer Norbert Cioma



Liebe Leser,



wir nähern uns dem Ende des Jahres 2018. Vieles ist in den vergangenen Monaten passiert, vieles ist aber auch liegengeblieben

und scheinbar in Vergessenheit geraten. Unser Thema des Monats ist der beste Beleg dafür, wie langsam und wie unverständlich die Berliner Mühlen manchmal mahlen. Im Übrigen auch, wie kurz ein Thema ein Thema im Fokus bleibt oder – um es mit den Worten unseres Landesvorsitzenden zu beschreiben – wie schnell eine neue Sau durchs Dorf getrieben wird. Das werden wir nicht von heute auf morgen ändern können, aber wir bleiben am Ball - Versprochen, denn die GdP ist Euer starker Partner.

Viel Spaß beim Lesen
Landesredakteur Benjamin Jendro

AUS DEN DIREKTIONEN



(oben) Die einen kommen, die anderen gehen – Führungswechsel in der Seniorengruppe Dir 5.

(unten) Alexander Klimmey mit dem neuen Dreigestirn.

Fotos: Silvia Dierkes

Frauen-Ära in der Direktion 5

Anfang Oktober fand in der Direktion 5 unsere Seniorenvertreterwahl statt. Mein Stellvertreter Alexander Klimmey organisierte einen Wahltag, der keine Wünsche offen ließ, wofür ich mich an dieser Stelle bedanken möchte.

Schnell war klar, dass unseren Senioren in Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln eine weibliche Zukunft bevorsteht. Renate Katzke wurde einstimmig zur Vorsitzenden gewählt, Anneliese Wundersee und Marianne Hennickens komplettieren das Dreigestirn. Wir wünschen Euch ein gutes Gelingen und viele gemeinsame Stunden.

Unser Dank gilt Hans-Joachim Wundersee, der uns in den letzten zwei Jahren toll betreut hat. Ich kenne Achim schon jahrelang, uns verbinden viele gemeinsame Erinnerungen. Ebenfalls bedanken möchten wir uns auch bei Joachim Klitzing, der als stellvertretender Seniorenvorsitzender unsere Seniorengruppe voll unterstützt hat.

Ich bin stolz auf meine Seniorengruppe. Ein toller Zusammenhalt. Macht weiter so ...

Eure Silvia Dierkes, Bezirksgruppenvorsitzende Direktion 5



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Berlin**
Internet: www.gdp-berlin.de
E-Mail: GdP Landesbezirk: gdp-berlin@gdp-online.de

Geschäftsstelle:
Kurfürstenstraße 112
10787 Berlin
Telefon (0 30) 21 00 04-0
Telefax (0 30) 21 00 04-29
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Konten:
Postbank Berlin
Konto-Nr. 268 38-109 (BZL 100 100 10)
SEBAG
Nr. 1 045 414 000 (BLZ 100 101 11)

Redaktion:
Benjamin Jendro (Vi.S.d.P.)
Telefon: 030 210004-13
E-Mail: jendro@gdp-berlin.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 1. Januar 2018

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6411

Geschäftsstelle GdP Berlin
Kurfürstenstraße 112
10787 Berlin
Telefon: 030 210004-0
Mail: gdp-berlin@gdp-berlin.de
www.gdp.de/berlin

GdP Service GmbH Berlin
Kurfürstenstraße 112
10787 Berlin
Telefon: 030 210004-0
Mail: info@gdp-service.berlin
www.gdp-service.berlin



THEMA DES MONATS

Wir haben nichts gelernt – 300.000 Schuss Blei für die Berliner Polizei

Beim Anschlag auf die Redaktion des Pariser Satiremagazins Charlie Hebdo starben im Januar 2015 zwölf Personen, zehn Monate später in der gleichen Stadt 130, viele im Bataclan während eines Konzerts. Im März 2016 traf es 32 Menschen in Brüssel, vier Monate später 85 in Nizza. In den Tagen nach diesen grauenhaften Taten bekundeten viele ihre Trauer, auch zahlreiche deutsche Politiker gedachten der Opfer. Es war in jeder ihrer Phrasen stets eine zynische wie auch nachvollziehbare Botschaft inbegriffen: Zum Glück nicht bei uns.

Mit dem MCX gegen den Terror

Nach all diesen terroristischen Anschlägen haben wir als Gewerkschaft der Polizei stets auf den unzureichenden Ausstattungszustand unserer Kolleginnen und Kollegen hingewiesen, ein Umdenken und die längst überfällige Novellierung der Ausrüstung von Berlins Einsatzkräften gefordert. Einzelne Politiker sind, auch um sich selbst zu profilieren, mit auf den Zug aufgestiegen. Bis in die höchsten Sphären, den Berliner Senat, der dafür Gelder bereitstellen muss, ist es nicht gelangt. Zumindest nicht die Tatsache, dass jeder Tag, den wir streichen lassen, einem Ritt auf der Rasierklinge gleicht. Am 19. Dezember 2016 hat uns diese Berliner Mentalität zwölf Menschenleben gekostet. Erst mit dem Anschlag auf dem Breitscheidplatz, der Angriff mitten in unser Herz, scheinen die Verantwortlichen aufgewacht zu sein. Plötzlich wurden Gelder vorgezogen, zusätzliche Pakete beschlossen. Es setzte sich parteiübergreifend durch, dass Berlins Polizei ein bisschen mehr an die Hand bekommen muss. Während die breite Basis, die Abschnitte und die Bereitschaftspolizei noch immer auf die neue Dienstwaffe SFP9, ballistische Helme sowie komplette modular erweiterbare Schutzwesten warten, hat der Anschlag mit Blick auf die Spezialeinheiten die gewünschten Anschaffungen beschleunigt. So gab es für das SEK unter anderem Sturmgewehre – Das MCX von Sig Sauer.

Eine Patrone verseucht 10 m³ Raum

Weil Bestellungen für das LKA6 immer etwas einfacher und schneller gehen, sattelte sich die Direktion E mit auf und orderte je 100 Sturmgewehre MCX für die drei Bereitschaftspolizeiabteilungen. Diese wurden im März 2018 ausgeliefert, liegen aber bis heute noch in der Kammer. Der simple Grund – Wir haben behördenintern nichts aus der Vergangenheit gelernt und mal eben 300.000 Schuss Munition 5.56x45 Styx Action der Firma RUAG Amotec erworben. Die hat zwar eine unglaublich effiziente Durchschlagskraft – eine einzige abgefeuerte Patrone langt, um jemanden aus dem Leben zu reißen. Die Zusammensetzung kann aber das Gleiche mit dem anrichten, der sie abgibt. Das Anzündhütchen enthält Bleitritinitroresorcinat. In Verbindung mit ebenfalls enthaltenem Tetrazen ergibt das Sinoxid-Sätze, die bei jedem Berliner Polizisten die Alarmglocken läuten lassen sollten. Einem Gutachten aus Baden-Württemberg zufolge wird in geschlossenen Einrichtungen bereits bei wenigen Schüssen der Grenzwert von 0,1 mg/m³ der Technischen Regel für Gefahrstoffe (TRGS) 505 „Blei“ des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales erreicht. Bedeutet, dass pro Raumvolumen von 10 m³ lediglich eine Patrone am Tag abgefeuert werden darf. Da das Kaliber sich auf dem Markt etabliert hat, gäbe es aktuell bereits einige Substitute ohne Bleianteil im Anzündsatz (z. B. LFI – Lead Free Indoor des Herstellers MEN). Diese für Trainingszwecke anzuschaffen, versäumte die Behörde bis hierhin. Weil die Einsatztrainer keinesfalls unter retrograder Amnesie leiden, wehren sie sich gegen eine Beschulung der Kollegen und das ist auch gut so. Nach wie vor wird der Bereitschaftspolizei nämlich lediglich das Einsatztraining in Wannsee ermöglicht – Ein Schießstand, der zwar nicht geschlossen, aber eben auch nicht wirklich offen ist. Aufgrund der umschließenden hohen Mauern und Teildeckung handelt es sich um kein Freigelände gemäß TRGS 505. Messungen mit der MCX-Munition fanden in Wannsee zwar bisher nicht statt. Wir können aber davon ausgehen, dass die Grenzwerte schnell erreicht sind und ein echtes Training nicht ermöglichen. Da wir über bleihaltige



Unsere SEK-Kräfte haben bereits das MCX. Foto: Twitter @PolizeiBerlin_E

Pulverdämpfe sprechen, reicht auch das derzeit zur Verfügung gestellte CO-Warngerät nicht aus.

Ordentlich was auf die Ohren

Anders wäre die Situation in Lehman, wo das SEK ohne größere Probleme auch mit dem MCX trainieren kann. Bis die Behördenleitung hier auch Kapazitäten für die Dir E schafft, werden die Sturmgewehre als wichtiges Instrument, um terroristischen Anschlägen zu begegnen, in den Räumen verstauben. Den einen oder anderen mit noch existenter Hörfähigkeit könnte das sogar freuen, die Polizei Berlin verzichtete nämlich auch auf die von den Kollegen gewünschten Schalldämpfer (Preis ab 400 Euro). Das MCX feuert mit 161 dB ab, unser Gehörschutz mindert 35 dB, bleiben 126 dB übrig. Damit liegt man zwar noch unter dem in der dazugehörigen Verordnung vorliegenden Grenzbereich von 137 dB, aber immer noch deutlich über dem Wert eines Vorschlaghammers. Gesund ist anders, Spätfolgen sind quasi vorprogrammiert. Sig Sauer könnte dieses mangelnde Interesse an der Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen sogar gut entgegenkommen. Bei einer Erstprüfung durch eine BPA sind Ende September nämlich gleich mal 30 Sturmgewehre durchgefallen.

Benjamin Jendro



Im Gespräch mit Sandro Mattioli von Mafia? Nein, Danke!

Anfang September wurde der Intensivstraftäter Nidal R. an einem Sonntagnachmittag am Tempelhofer Feld erschossen. Eine Hinrichtung in aller Öffentlichkeit, durch die die Organisierte Kriminalität zurück in den politischen und medialen Diskurs gerückt ist. Sandro Mattioli von Mafia? Nein, Danke! gilt als Experte im Bereich, die Ideen zur Bekämpfung von Clankriminalität werden gehört. Für uns ist er aufgrund seiner Erfahrungen und hohen Kompetenz nicht erst seit den Schüssen auf Nidal R. gern gewählter Gesprächspartner.

DP: Lieber Herr Mattioli, wofür steht Mafia? Nein, Danke!?

Mattioli: Mafia? Nein, Danke! ist vor mehr als zehn Jahren auf Bestreben von Gastwirten, die sich um die damalige Gewerkschafterin Laura Garavini gruppiert haben, entstanden. Ausschlaggebend waren die Mafiamorde in Duisburg und ein Schutzgelderpressungsversuch durch Italiener hier in Berlin. Letzterer konnte in Zusammenarbeit mit dem LKA4 unter Federführung von Bernd Finger vereitelt werden. Aus dieser entstand die sogenannte Berliner Sicherheitsvereinbarung, die Informationsweitergabe an die Polizei und im Gegenzug Schutz für die Gastwirte sichert. In der Zwischenzeit hat sich viel getan, wir haben uns ein Stück weit von den italienischen Wurzeln gelöst und beschränken uns keinesfalls auf das Verhindern von Schutzgelderpressung, sondern sind eine NGO, die generell Maßnahmen gegen Organisierte Kriminalität entwickelt. Dafür arbeiten wir mit Antimafia-Organisationen vernetzt und versuchen zu sensibilisieren. Das ist nötig, weil in Deutschland eine ganz andere Sicht herrscht als in Italien, wo es Zeiten mit vielen Toten auf der Straße gab, was wir hier in Deutschland ja bisher kaum hatten.

DP: Lassen Sie uns mal kurz zum 15. August 2007 zurückkehren, was ist da genau in Duisburg passiert?



Sandro Mattioli

Foto: privat

M: Duisburg ist in dieser Thematik in der Tat ein interessantes Ereignis. Es war klar, dass die Leute rund um das „Da Bruno“ der Mafia zuzuordnen sind. Das Restaurant tauchte schon 1994 als Drogenumschlagsplatz in den Akten auf. Von der Wahrnehmung sind wir heute in der gleichen Situation. Wir wissen, dass es Gastwirte und Unternehmen gibt, die zur Mafia gehören. Das allein aber ist keine Straftat. Durch die polizeilichen Maßnahmen nach Duisburg haben wir aber heute einen besseren Einblick. Das Ereignis ist insofern interessant, weil zum ersten Mal sichtbare Mafiariivalitäten aus Italien herausgetragen wurden. Das hat zu einem Reorganisationsprozess der 'Ndrangheta geführt. Man hat Strukturen geschaffen, um so etwas in Zukunft zu verhindern, weil diese Öffentlichkeit den Aktivitäten der Clans schadet. Das Verhältnis zwischen Führung und den einzelnen Clans ist neu ausbalanciert worden. Das ist weitgehend gelungen. Auch wenn man die Auseinandersetzungen zwischen den Zellen in Frauenfeld in der Schweiz und Singen betrachtet. Ihre Rivalitäten liefen friedlich ab, durch die Polizei abgeräumt wurden sie trotzdem. Es gab in Norditalien Bestrebungen eines Clans, sich von der Führung in Kalabrien abzuseilen und Norditalien zur autonomen Provinz zu machen. Der Clanchef ist dann schnell aus dem Weg geräumt worden. Nach wie vor redet man in der Mafia von Stammgebiet und eroberten Gebieten. Die 'Ndrangheta

ist die mit Abstand mächtigste Organisation. Sie symbolisiert die Macht, die alle haben wollen, ist eine Art Prototyp.

DP: Würden Sie sagen, es ist gut, dass Duisburg passiert ist?

M: Nein. Der Sechsfachmord hat den Leuten die Augen geöffnet, aber auch Sand hineingestreut und für ein falsches Bild der Mafia in Deutschland gesorgt. Ich glaube, Duisburg ist gewissermaßen so wahrgenommen worden wie die Clankriminalität hier in Berlin – Frei nach dem Motto: Was geht es mich an, wenn sich die Italiener gegenseitig erschießen? Ich bin ja kein Betroffener.

DP: Sie sprechen von einem falschen Bild. Was wäre denn das richtige, wie operiert die Mafia in Deutschland?

M: Das ist ein gutes Stück weit eine Blackbox. Wir wissen, dass es Strukturen wie in Italien mit Ortsvereinen, Schatzmeister, Schriftführer und Vorsitzendem gibt, die nur aus Männern bestehen. Wir wissen, dass die Clans mit Drogen im großen Stil handeln und enorme Geldmengen anhäufen. Wir wissen aber nach wie vor nicht, welche Gelder wie fließen, abgesehen von ein paar klassischen Bargeldtransporten. Auch, was mit den Geldern gemacht wird, ist weitgehend unklar. Das ist hochgefährlich.

DP: Was macht Deutschland für Vereinigungen wie die Mafia so attraktiv?

M: Die Gesetzgebung ist ein wesentlicher Aspekt. Die Beschlagnahme von Geldern ist unglaublich schwer, trotz der Veränderungen aus dem letzten Jahr. Das Geldwäschegesetz ist unzureichend, denn nach wie vor fehlt in Deutschland die Beweislastumkehr bei der Vermögensabschöpfung. Des Weiteren ist Sensibilisierung für das Thema Mafia in der Gesellschaft unglaublich niedrig. Unsere relativ stabile Regierung und die stabile Wirtschaft ziehen auch die Mafia an, weil Investments damit halbwegs sicher sind. Unter Beachtung dessen und der fehlenden Beweislastumkehr wäre ich als Mafioso schön blöd, wenn ich nicht nach



INTERVIEW DES MONATS

Deutschland kommen würde. Einen Aspekt aus dem Italienischen lässt man hier auch immer außen vor, die soziale Wiederverwendung der beschlagnahmten Gelder. Die Symbolwirkung wäre immens. Generell müssen wir uns eines klarmachen: Die Gefahr, kriminelles Geld nicht zu beschlagnahmen, ist größer als die, das zu Unrecht beschlagnahmt wird.

DP: Wie funktioniert denn die Geldwäsche, simpel über die Restaurants, die immer leer sind, aber einen grandiosen Umsatz verzeichnen?

M: Das ist ein Weg, Restaurants gehen immer. Aber: Im vergangenen Jahr sind in Deutschland sieben Tonnen Kokain beschlagnahmt worden. Gleichzeitig beobachten Ermittler, dass der Reinheitsgehalt von Kokain nach oben geht, und der Preis gleich bleibt. Das bedeutet, dass wir momentan mit Kokain zugeschwemmt werden. Wären die sieben Tonnen auf den Markt gekommen, wäre das ein Handelsvolumen von zwei Milliarden Euro. Wenn wir jetzt mal von einem hohen Wert ausgehen und sagen, dass damit zehn Prozent des insgesamt importierten Kokains herausgefischt wurden, würde dies bedeuten, dass 18 Milliarden Euro allein mit Kokain umgesetzt wurden. Das bekomme ich sicher nicht mit tausend Restaurants gewaschen, in denen ich jeden Tag ein paar Pizzen mehr aufschreibe.

DP: Gibt es Unterschiede zwischen italienischer OK und anderer OK?

M: Bei den Zielen gibt es keine großen Unterschiede. Beim Handeln sehen wir viele Parallelen. Ich denke aber, dass die Italiener, besonders die 'Ndrangheta, bereits einen gewissen Professionalisierungsprozess durchgemacht haben. So ein Mord wie der an Nidal R. wäre für die 'Ndrangheta nur die Ultima Ratio und ein komplett durchgeplanter Schlag. Wenn wir uns das anschauen, wirkt es nicht wie eine genau geplante Operation. An so einer Stelle so einen Mord zu verüben, wirkt strategisch nicht wirklich durchdacht.

DP: Reden wir doch mal über Ihre zentralen Ideen im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität! Es geht Ihnen darum, Leute aus den Strukturen zu holen, Frauen, Heranwachsende ...

M: Es gibt im Rechtsextremismus

das Programm Exit, was sehr erfolgreich ist. Für den OK-Bereich fehlt so etwas. Das Kronzeugenprogramm hat sehr hohe Einstiegshürden. Wir glauben, hier muss es eine zivilgesellschaftliche Komponente geben. Es wird nicht die Masse sein, die da von sich aus aus den Clans heraus möchte. Aber es geht um das Aufzeigen von Alternativen. Bisher ist es so, dass man diese Strukturen in den Familien von Anfang an miterlebt, mit ihnen aufwächst, sie verinnerlicht. Ich denke, dass wir vor allem bei Frauen auf Interesse stoßen würden.

DP: Wie ist das mit Jugendlichen, es gibt Erfahrungen in Kalabrien ...

M: Das ist richtig, es gibt dort den Richter Roberto Di Bella, der bei der täglichen Arbeit immer wieder die gleichen Gesichter auf der Anklagebank sitzen hatte. Davon ausgehend hat er sich gefragt, ob Haftstrafen bei Jugendlichen wirklich den gewünschten Erfolg bringen. Er kam schnell zu dem Schluss, dass das nicht so ist, sondern die Jugendlichen im Knast überhaupt erst gute Kontakte knüpfen und sich kriminelles Wissen aneignen. Er hat sich überlegt, wie man diesen Teufelskreis durchbrechen kann. Die Lösung: Er hat Jugendlichen, die deutlich auf die schiefe Bahn geraten sind und schwere Straftaten begangen haben, angeboten, an einem speziellen Programm namens „liberi di scegliere“ („Frei zu wählen“) teilzunehmen anstatt ins Gefängnis zu gehen. Sie werden in einer speziellen Einrichtung untergebracht, von einem Psychologen betreut. Teil des Programms ist auch, sie mit Opfern zu konfrontieren, um eine andere Perspektive und Empathie zu entwickeln. Genau daran fehlt es denen, die in kriminellen Strukturen großwerden. An diesem Programm haben bisher 50 Jugendliche teilgenommen, sie werden bis zur Volljährigkeit betreut, stehen dabei in Kontakt mit den Eltern und fahren auch regelmäßig nach Hause. Es geht nicht darum, Kinder zu „beschlagnahmen“, sondern als Staat der Fürsorgepflicht nachzukommen. Es geht darum, zu zeigen, was der eine Weg ist und was der andere. Grundlage für den Erfolg des Programms ist aber auch eine starke Repression. Hier muss Berlin noch nachlegen.

DP: Hinzu kommen eine Hotline

und eine zentrale Kontrollstelle für Organisierte Kriminalität ...

M: Das ist richtig. Wir haben in Deutschland einen gigantischen Datenmangel. Hier muss man auf vielen Ebenen ansetzen. Ein Hebel wäre es, eine Stelle zu schaffen, die alle Erkenntnisse zentral sammelt. Eine Hotline wäre wichtig, weil wir als Verein zum Beispiel immer mal Hinweise von Leuten bekommen, die sich aber nicht an die Polizei wenden. Das sollte vereinfacht werden. Ein Beispiel aus Baden-Württemberg zeigt, dass das ganz gut funktioniert.

DP: Werden wir zum Abschluss noch mal kurz persönlich: Roberto Saviano ist ebenfalls Journalist, er engagiert sich gegen die Mafia, schreibt über sie. Sein Preis ist hoch. Wie ist es bei Ihnen, gab es Momente, in denen Sie überlegt haben, aufzugeben?

M: Ich denke kontinuierlich über meine Sicherheit nach und versuche Maßnahmen zu ergreifen. Es gab Einschüchterungsversuche. Natürlich ist es immer gefährlich, in so einem Bereich tätig zu sein. Die kriminellen Italiener wissen aber auch ganz genau, dass es ihrer Sache nicht förderlich ist, einen Journalisten aus dem Verkehr zu ziehen. Und es gibt auch noch andere – Journalisten, die über die Mafia schreiben und Leute in meinem Verein, die sich gegen ihre Machenschaften wehren. Aber klar, Filmkritiken zu schreiben wäre weniger gefährlich.

Mafia? Nein, Danke!

Im Zuge der Mafiamorde von Duisburg im August 2007 gruppierten sich in Deutschland lebende Gastwirte um die Gewerkschafterin Laura Garavini, um gemeinsam gegen die Mafia in Deutschland vorzugehen. Aus dieser Keimzelle heraus hat sich eine Initiative gebildet, die seit Mai 2009 im Vereinsregister geführt wird. Seitdem haben sich Netzwerkverbindungen zum LKA Berlin, aber auch zu anderen Gruppierungen entwickelt. Heute verfügt Mafia? Nein, Danke! über 120 ehrenamtliche Mitglieder, die sich als NGO gegen die Organisierte Kriminalität verstehen. Sandro Mattioli ist ihr Vorsitzender.



WIR DENKEN AN

Jubiläen

Das Schönste, was wir erleben können, ist das Geheimnisvolle.

(Albert Einstein 1879 - 1955)

80 Jahre

Dieter Braun Dir 1
Christian Borrmann Dir 2
Wolfgang Schulz Dir 5
Dieter Melz Dir E
Dieter Schiller Dir E
Peter Zuehlke ZSE

85 Jahre

Klaus-Heinrich Hinz Dir 1
Hansgeorg Fink Dir 4
Hansjoachim Otto Dir 6
Horst Möschk Dir E

90 Jahre

Elfriede Ottenberg Dir 3
Manfred Fehler Dir 5
Ursula Lehmann ZSE

91 Jahre

Edith Klamerek Dir 2
Ilse Lewin Dir 5

92 Jahre

Gerda Weynert Dir 3
Siegfried Hirsekorn Dir 5
Margot Hoffmann Dir 5

93 Jahre

Charlotte Rempel ZSE

95 Jahre

Gerda Steinke LABO

96 Jahre

Horst Wronski Landesbezirk

25 Jahre

Nicola Bartelt
Thomas Burgfeldt
Carola Drost
Claudia Fröhlich
Elke Gierig
Torsten Hill
Christian Kahlfuß
Silvana Krautz
Daniel Krüger
Oliver Kurzke
Manuela Lange
Detlef Laufer
Mark Lüders
Uwe Metzkwow
Denise Myrow
Michaela Ortman
Frank Pachaly
Christian Raasch
Bianca Rehausen
Peggy Rehfeldt
Christiane Rexilius
Daniel Riebe
Sibylle Schmidt
Thomas Schreyer
Ingo Schwartzkopff
Anke Starruske
Jacqueline Strauch
Alexander Sutter
Stefan Tautz
Rene Verwiebe
Stephan Walczak
Silke Wolff

40 Jahre

Thomas Ackerschewski
Thomas Back
Bernd-Michael Barz
Anne-Maria Bienert
Andreas Bolz
Andre Demmler
Carsten Eis
Lutz Engel

Thomas Friese
Monika Fuchs
Marita Gabriel
Thomas Golitz
Michael Haase
Heidemarie Harbers
Karsten Hartisch
Werner Hebisch
Frank Hellmund
Detlef Herrmann
Harald Hinz
Rainer Jipp
Jörg Jungblut
Claudia Juschka
Jens Jütz
Stefan Kampf
Andreas Karkhoff
Thomas Kielberg
Manfred Knueppel
Stefan Lange
Frank Loder
Andre Lowag
Marina Melch
Thorsten Moch
Detlef Nagel
Stephan Polleit
Andreas Rittmüller
Andreas Sachse
Thomas Schläth
Wolfgang Schulz
Jörg Schulze
Christian Steinbeck
Norbert Steinicke
Andreas Theodor
Matthias Winzer

50 Jahre

August Eder
Peter Junge
Hans-Otto Selke

60 Jahre

Heinrich Langkusch

70 Jahre

Erika Kienbaum

Anzeige

MEDIRENTA
CLASSIC

Damit mehr Zeit fürs Wesentliche bleibt:

Beihilfe leicht gemacht!

Für Beamte im Einsatz: Seit mehr als 30 Jahren bearbeitet MEDIRENTA Ihre Krankenkosten-Abrechnungen und führt Sie sicher durch den Abrechnungs-Dschungel.

Mehr Informationen unter Telefon **030 / 27 00 00**

MEDIRENTA Krankenkostenabrechnungs GmbH

www.medirenta.de info@medirenta.de

NACHRUFE

Edeltraud Braun, 93 Jahre, Dir 1
Siegfried Grabow, 85 Jahre, Dir 1
Otto Hinze, 81 Jahre, Dir 1
Herbert Wustrow, 84 Jahre, Dir 2
Horst Wehling, 83 Jahre, Dir 4
Heinz Plonske, 92 Jahre, Dir 5
Alexander Tamm, 94 Jahre, Dir 5
Klaus Krüger, 81 Jahre, Dir E
Günter Müller, 77 Jahre, Dir E
Helga Radusch, 97 Jahre, LKA
Lothar Pustlauk, 84 Jahre, LABO
Klaus Bartschke, 65 Jahre, BF



VERANSTALTUNGEN

Bezirksgruppen

Dir 5

Wann: Dienstag, 4. Dezember, 16 Uhr.
Wo: Zum Hufeisen, Fritz-Reuter-Allee 48, 12359 Berlin.

Info: Weihnachtsfeier/Tombola für Senioren und Aktive – Karten sind begrenzt.

Bitte rechtzeitig bei Silvia Dierkes, Bezirksgruppenvorsitzende, Tel.: 0 30/46 64 50 08 02, bis zum 16. November 2018 anmelden!

Dir 6

Wann: Donnerstag, 29. November, 16 Uhr.

Wo: Kantine, Märkische Allee 174, 12681 Berlin.

Senioren

Dir 1

Wann: Montag, 5. November, und Montag, 3. Dezember, jeweils ab 13 Uhr.

Wo: MAESTRAL, Eichborndamm 236, 13437 Berlin.

Kontakt: Werner Faber, Tel.: 0 30/4 03 28 39.

Info: Gastreferent Hans Hoffmann, LKA Seniorensicherheit.

Dir 3

Wann: Dienstag, 6. November, 16 Uhr.

Wo: FRABEA, Afrikanische Str. 90/Otawistraße, 13351 Berlin.

Kontakt: Alberto Fourneaux, Tel.: 0 30/4 65 15 59 oder alberto@fourneaux.de.

Dir 4

Wann: Mittwoch, 14. November, 16 Uhr.

Wo: Adria-Grill, Kaiser-Wilhelm-Straße 55, 12247 Berlin.

Kontakt: Peter Müller, Tel.: 0 30/7 96 75 20.

Dir 6

Wann: Mittwoch, 21. November 2018, 16 Uhr.

Wo: Sportcasino des KSC, Wendenschloßstraße 182, 12557 Berlin.

Info: Kegeln.

LKA

Wann: Dienstag, 6. November, 15 Uhr.

Wo: Gasthaus Koch, Friedrich-Wilhelm-Straße 68, 12203 Berlin.

Info: Versammlung – Buchlesung durch Herrn Karl-Heinz Barthelmeus „Gestalten und Gespenster in der Mark“.

Wann: Donnerstag, 22. November, 10:30 Uhr.

Wo: Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin.

Info: Besichtigung der Druckerei BVZ Berliner Zeitungsdruck – Anmeldung erforderlich! Bitte den veränderten Veranstaltungstag beachten!

Kontakt: Jürgen Heimann, Tel.: 0 30/7 21 75 47, oder Marianne Fuhrmann, Tel.: 0 30/7 45 13 53.

PPr Stab/ZSE

Wann: Dienstag, 27. November, 15 Uhr.

Wo: Marjan Grill, Flensburger Straße/Ecke Bartningallee, Stadtbahnbogen 411, 10557 Berlin.

LABO

Wann: Mittwoch, 14. November, 15 Uhr.

Wo: Nochmals im Kalle Klein, Harzer Straße 119, 12435 Berlin (Busse 171 oder 194).

**Landesfrauen-
gruppe**

Wann: Mittwoch, 28. November, 16 Uhr.

Wo: GdP-Geschäftsstelle, Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin.



**McFit und John Reed –
Jetzt online anmelden!**

Die kalte Jahreszeit naht, der Strandbody bleibt erst einmal unterm Rollpulli versteckt – Kein Grund, sich gehen zu lassen. Dank der GdP Service GmbH bekommst Du Dein Monatsabo bei McFit (16 € statt 19,90 €) oder John Reed (21 € statt 25 €) zum exklusiven Sparpreis, die Anmeldegebühr fällt auch gleich noch weg und ab sofort kannst Du Dich direkt online anmelden. Du bist bereits Kunde und willst Deinen Vertrag umschreiben? Dann melde Dich bei Paul Vogler paul.vogler@gdp-service.berlin). Alle Infos findest Du unter www.gdp-service.berlin.



Bei der Seniorengruppensitzung in der Dir 6 herrschte gute Stimmung, nachdem der Senat endlich positiv entschieden hat, das gezahlte Verpflegungsgeld zu Volkspolizeizeiten als gezahltes Entgelt anzusehen. Foto: Jan Landmann



Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst

Mittlerweile ist es traurige Realität, dass Polizistinnen und Polizisten tagtäglich angegriffen werden. Die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes lässt sich aber längst nicht mehr auf sie beschränken, zunehmend werden auch Rettungskräfte sowie unsere Kolleginnen und Kollegen in den Publikumsdienststellen, bei der Kfz-Zulassung, den Bürgerämtern oder in der Ausländerbehörde attackiert. Der DGB möchte das nicht länger hinnehmen und bringt das Thema verstärkt in den gesellschaftlichen Fokus.

DGB auf Ursachenforschung

Bei einer Veranstaltung Ende September wurden die Ursachen für die zunehmende Gewalt betrachtet. Schon in ihrer Einleitung kam Elke Hannack, stellvertretende Vorsitzende des DGB, zur Sache. Insgesamt sei eine Zunahme der Übergriffe zu verzeichnen, die niemand mehr schulterzuckend hinnehmen dürfe. In seinem Fachvortrag „Die gereizte Gesellschaft?“ führte Prof. Dr. Ulrich Wagner von der Universität Marburg aus, dass Menschen, die sich von der allgemeinen Entwicklung abgehängt fühlen, leichter zu Übergriffen tendieren. Diese lassen Frust über systemische Fehler an Einzelnen aus. Dabei entladen sich Emotionen wie Ärger, Wut, Hass als Folge dieser Frustration. Auch der Einfluss von aggressiven Filmen und Medien wirkt sich aus. Ansgar Hollah (Leiter der Abteilung Dienstrecht beim BMI) zeichnete ein Bild der fragmentierten Gesellschaft. Danach lassen sich viele zuerst von Einzelinteressen leiten. Die Bereitschaft, sich in Vereinen oder anderen gemeinnützigen Organisationen zu engagieren, nimmt ab. Einzelinteressen stehen im Vordergrund. Diese werden in Projekten verfolgt. Mediale Aufmerksamkeit ist wichtig. Wer am lautesten



Barbara Prasch Foto: Sabeth Stickforth

schreit, gewinnt. Bei allen Vorträgen wurde eines sehr deutlich: Der DGB akzeptiert keine Gleichgültigkeit. Wer den öffentlichen Dienst nur als Kostenfaktor betrachtet, übersieht, dass eine unzureichende Stellenausstattung ein Teil des Problems ist. Das sollten sich die politisch Verantwortlichen vor Augen halten. Wer telefonisch dauernd in der Warteschleife landet, lange auf einen Termin wartet und dann bei einer persönlichen Vorsprache den Zeitdruck zu spüren bekommt, der fühlt sich eben eher abgefertigt als bedient.

Die Sicht der Opfer

Nach den Kurzvorträgen kamen Opfer von tätlichen Übergriffen zu Wort. Dieser Teil der Veranstaltung ging unter die Haut. Eine Krankenschwester, eine Polizistin und eine Mitarbeiterin vom Ordnungsamt schilderten, welche Gewalt sie erleiden mussten. Es war deutlich zu spüren, wie ihnen die psychischen Folgen dieser Taten zu schaffen machen. Schockierend ist die in Teilen unverständliche Reaktion der Justiz.

Aus dem Publikum kamen zahlreiche Beiträge von Beschäftigten, die ein entschlossenes Handeln von den Dienstherren, vor allem aber mehr Konsequenz von den Gerichten forderten. Kritik wurde aber auch an den Kolleginnen und Kollegen laut. Oftmals mangelt es auf den Dienststellen an Verständnis und Unterstützung für die Betroffenen. Angststörungen und Depressionen als mögliche Folgen führen zu Rückzug von Menschen aus dem persönlichen Umfeld.

Wir sollten es gemeinsam angehen

Wer die Polizei oder die öffentliche Verwaltung zum Beruf erwählt, hat einen Anspruch auf Prävention, auf konkrete Schutzmaßnahmen. Alle Vorfälle müssen erfasst und dokumentiert werden. Übergriffe müssen als Arbeitsunfall gemeldet werden. Auf Grundlage der Dokumentation muss ein Sicherheitskonzept erstellt werden. Psychische Belastungen sind ein Aspekt im Arbeitsschutz, der oberste Priorität hat. Passend dazu erläuterte Dr. Klaus Mucha im Workshop „zur psychischen Regulation bei/nach Bedrohungen/Übergriffen am Arbeitsplatz“, wie sich erlebte Übergriffe körperlich auswirken können. Er fügte sich in den Rahmen einer sehr beeindruckenden Veranstaltung, deren Dokumentation im Internet <http://www.dgb.de/themen/+++cob9d526f0-c19e-11e8-a7a9-52540088cada>) ich nur jedem ans Herz legen kann. Schade, dass niemand aus den Senatsverwaltungen bzw. aus der Berliner Politik anwesend war.

Wir sollten das Thema zusammen immer wieder präsent halten, es geht um uns.

**Barbara Prasch,
Frauenvertreterin im LABO
und Landesfrauengruppe**

